

13. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

6. Juni 1951.

288/J

Anfrage

der Abg. Widmayer, Wimberger, Frühwirth und Genossen
 an den Bundesminister für Inneres,
 betreffend Erpressungsmanöver bei der Werbung für die "Österreichische Zeitung".

-.-.-.-

Unter dem Namen "Österreichische Zeitung" gibt das russische Element eine Tageszeitung heraus, die der Propaganda der russischen Politik in Österreich dienen soll. Da die überwiegende Mehrzahl der österreichischen Bevölkerung patriotisch gesinnt ist, leidet die genannte Zeitung an einem chronischen Leserschwund. Offenbar ist aber auch eine Steigerung der Auflage der "Österreichischen Zeitung" in das von der russischen Verwaltung in Österreich zu erfüllende Plansoll eingerechnet. Da sich die österreichische Bevölkerung nicht willig zeigt, den Verantwortlichen des russischen Elementes diese Aufgabe zu erleichtern, greifen Agenten bei der Werbung für die "Österreichische Zeitung" zu Erpressermethoden gegenüber Ortsbürgermeistern in Niederösterreich, wie man sie sonst nur aus amerikanischen Gangsterfilmen kennt.

Am 14.4. erschienen Vertreter der "Österreichischen Zeitung" im Gemeindeamt Pyhra und verlangten unter Hinweis darauf, dass in diesem Ort zu wenig Zeitungen abgenommen würden, und unter ausdrücklicher Berufung auf eine Weisung des russischen Stadtkommandanten von St. Pölten die sofortige Bestellung mehrerer Exemplare der "Österreichischen Zeitung". Es gelang ihnen tatsächlich, vom Bürgermeister die Unterzeichnung nachfolgender Bestellscheine zu erreichen:

Bestellschein Nr. 021 838

Gemeindeamt Pyhra 2 Stk. f. d. Gemeinde
 1 Stk. f. d. Volksschule
 3 Stk. f. d. Feuerwehren

Bestellschein Nr. 021 839

Gemeindeamt Pyhra bestellt 17 Exemplare f. d. GR bis auf Widerruf vom 1.5.-31.7.1951 zum Preis von S 527.-, S 527.- wurden bar bezahlt.

Bestellschein Nr. 021 840

Gemeindeamt Pyhra Kat. Gmd. lt. Anlage, bestellt 23 Exemplare vom 1.5. bis 31.7.1951 zum Preise von S 713.-, S 713.- wurden bar bezahlt.

14. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

6. Juni 1951.

Insgesamt kostete diese sonderbare Abonnentenwerbung, die eher einer mittelalterlichen Kontribution gleicht, die kleine Gemeinde 1984 S.

Die anfragenden Abgeordneten schliessen die Möglichkeit nicht aus, dass sich gewerbsmässige Abennentenaufreisser zu Unrecht auf die Weisung oder Duldung der russischen Kommandostellen berufen. Dann aber haben diese Stellen die Pflicht, die österreichischen Behörden bei der Verfolgung dieser Betrüger nicht nur nicht zu behindern, sondern sogar zu unterstützen.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Inneres die nachstehende

Anfrage:

Ist der Herr Bundesminister bereit, an das Sojetelement mit dem Ersuchen heranzutreten, die erpresserischen Methoden der Abnehmerwerbung für die "Österreichische Zeitung" öffentlich abzulehnen und die österreichischen Behörden bei der Ausforschung und Verfolgung der Abonnentschwindler tatkräftig zu unterstützen?

-.-.-.-.-